

Markus Grübel

Aktuelles aus dem Bundestag

Nr. 2 | 29. Januar 2021



Foto: Tobias Koch

Meine Meinung

zur Schuldenbremse

Ich stehe zur Schuldenbremse! Die CDU steht zur Schuldenbremse, das hat unser neuer Parteivorsitzender Armin Laschet in der Fraktionssitzung glasklar erklärt und auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht zur Schuldenbremse. Kanzleramtsminister Helge Braun hat im Handelsblatt in einem Gastbeitrag dargestellt, dass die Einhaltung der Schuldenbremse in den nächsten Jahren schwer zu machen sei.

Die Schuldenbremse ist einer unserer politischen Grundpfeiler, sie hat sich gerade jetzt in der Corona-Krise bewährt. Ohne die schwarze Null hätten wir nicht so gut dagestanden und hätten nicht ohne weiteres die ausnahmebedingten Neuschulden zur Bewältigung der Krise aufnehmen können. 2020 waren das 130,5 Milliarden Euro, 2021 werden es wohl 180 Milliarden Euro. Das sind gewaltige Summen. So kann es allerdings nicht weiter gehen.

Die Schuldenbremse ist ein Instrument der Generationengerechtigkeit.

Wir sollten nicht über die Aussetzung der Schuldenbremse diskutieren oder uns von aktuellen Niedrigzinsen zu zukünftigen Schulden verleiten lassen. Stattdessen müssen wir uns Gedanken machen, wie wir in Zukunft haushalten wollen und auch wie wir das finanzielle Gleichgewicht zwischen Bund und Ländern wiederherstellen wollen. Und zwar ohne die Schuldenbremse abzuschaffen oder längerfristig auszusetzen.

Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not! Diese alte Weisheit gilt weiter. Keiner weiß, wann die nächste Krise kommt.

1. Holocaust-Gedenkstunde im Bundestag

Zum Befreiungstag des KZ-Auschwitz haben wir im Deutschen Bundestag der Opfer des Holocaust gedacht. Ich finde es wichtig, dass wir auch in Zeiten der Pandemie eine Gedenkfeier (nach Hygienevorschriften) halten konnten. Dieses Jahr hielt die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Dr. h.c. Charlotte Knobloch, die Gedenkrede. „Sie müssen aufpassen auf unser Land!“, wandte sie sich an die Anwesenden. Wir könnten zwar stolz sein auf unser Land, aber wir dürften nie vergessen, wie zerbrechlich die kostbaren Errungenschaften der letzten 76 Jahre seien.

Ein Hinweis blieb mir besonders in Erinnerung: Dass die jungen Menschen in unserem Land zwar frei von Schuld in Bezug auf die Vergangenheit seien, aber sie die Verantwortung für die Zukunft trügen. Das sehe ich für uns alle so. Wir dürfen niemals vergessen, was Antisemitismus für furchtbare Konsequenzen in unserer Vergangenheit hatte. Und wir alle sollten uns heute und in Zukunft gegen Antisemitismus stark machen.



Dr. h.c. Charlotte Knobloch bei der Gedenkrede im Plenarsaal. (Foto: Deutscher Bundestag)

2. Jahreswirtschaftsbericht 2021

Wirtschaftsminister Peter Altmaier hat eine Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2021 abgegeben. Für das Jahr 2021 erwartet die Bundesregierung ein etwas schwächeres Wachstum als noch im Herbst 2020. Die aktuelle Lage ist bestimmt von den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Infolge der Corona-Pandemie geriet die deutsche Wirtschaft in eine der schwersten Rezessionen seit Jahrzehnten. Im Jahr 2020 ging das Bruttoinlandsprodukt um 5,0 Prozent zurück. Die wirtschaftliche Entwicklung wird weiterhin maßgeblich vom Pandemieverlauf und von den Maßnahmen zur Eindämmung beeinflusst. Dennoch war der Wirtschaftswachstum positiv: Der Aufschwung habe letztes Jahr im Sommer früher eingesetzt als erhofft. Trotz des Rückschlags bei der Pandemiebekämpfung gehe dieser Aufschwung weiter. Und er werde auch in diesem Jahr mit einem Wachstum von 3 Prozent weitergehen. „Im nächsten Jahr wird die deutsche Wirtschaft nach allem, was wir wissen, ihre alte Vorpandemiestärke wieder erreicht haben“, so Altmaier.

3. Klimaziel 2020 übertroffen – dranbleiben!

Deutschland hat das Klimaschutz-Ziel für das Jahr 2020 nicht nur erreicht, sondern übertroffen. Der Treibhausgas-Ausstoß habe im vergangenen Jahr 42,3 Prozent unter dem Wert von 1990 gelegen, ergab eine Analyse der Denkfabrik Agora Energiewende. Das Ziel für 2020 sah 40 Prozent weniger Emissionen als 1990 vor. Ich sehe es als sehr positiv, dass Deutschland das Klimaziel 2020

übertraffen hat. Man muss aber berücksichtigen, dass ein Teil der Minderung im Jahr 2020 eine Folge der Corona-Pandemie ist. Die Pandemie kann eine solide Klimapolitik nicht ersetzen, weil die Einschränkungen ja nicht von Dauer sind. Klimaschutzeffekte hat es vor allem im Stromsektor gegeben, wo die CO₂-Minderung auf den Ersatz von Kohle durch Gas und Erneuerbare Energien zurückzuführen ist. Ich sehe das optimistisch: Die CO₂-Bepreisung – ein marktwirtschaftliches Instrument – wirkt!

Europa will bis zum Jahre 2050 erster klimaneutraler Kontinent werden. Unter deutscher Vermittlung einigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs auf ein neues Etappenziel. Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen auf mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 verringert werden. Diese Minderung ist ein ambitioniertes Ziel, das nur mit klugen marktwirtschaftlichen Mitteln, Wettbewerb und technologischen Innovationen erreicht werden kann. Bei der Umsetzung des EU-Klimaziels müssen wir auch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen beachten. Außerdem ist es wichtig, dass es zur Umsetzung des EU-Ziels eine faire Lastenverteilung zwischen allen Mitgliedstaaten gibt. **Global denken, global handeln** ist mein Motto beim Klimaschutz. Es helfen auch Maßnahmen, die mit deutscher Unterstützung in anderen Ländern umgesetzt werden. Denn: Es gibt nur ein Weltklima.



Markus Grübel besichtigt eine Photovoltaikanlage im Senegal, die mit deutscher Unterstützung gebaut wurde. Sonnenstrom legte 2020 stark zu. (Foto: MIK)

4. Übersicht zum Fortschritt der Impfungen

Kennen Sie schon das Corona-Impfdashboard? Unter impfdashboard.de können Sie täglich nachschauen, wie viele Personen bereits geimpft wurden. Aktuell sind es 2,2 Prozent, was auf die fehlenden Lieferungen zurückzuführen ist. Sowohl die EU als auch Gesundheitsminister Spahn setzen sich für Lösungen ein. So hat Spahn für den kommenden Montag die Ministerpräsidenten sowie die Pharmaindustrie und die Hersteller von Impfstoffen in Deutschland zum Impfgipfel eingeladen um ein gemeinsames Vorgehen zu besprechen.

5. Verlängerung der Steuererklärungsfrist

Wir haben ein Gesetz verabschiedet, mit dem wir die regulär mit Ablauf des Monats Februar 2021 endende Steuererklärungsfrist für den Besteuerungszeitraum 2019 um sechs Monate verlängern. Dies gilt für steuerlich beratene Fälle. Ebenfalls um sechs Monate verlängert wird die zinsfreie Karenzzeit für den

Besteuerungszeitraum 2019. Dadurch soll eine sachgerechte und gleichmäßige Beratung durch Angehörige der steuerberatenden Berufe im Lichte der zusätzlichen Anforderungen durch die Corona-Pandemie gewährleistet werden.

Außerdem haben wir eine corona-bedingte Regelung für Unternehmen in Schwierigkeiten beschlossen: Wir regeln die weitere Aussetzung der Insolvenzantragspflicht bis zum 30. April 2021. Wir schaffen zudem einen zusätzlichen befristeten Schutz vor Insolvenzanfechtung für Zahlungen aufgrund von corona-bedingt gewährten Stundungen.

6. Zweites Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes beschlossen

Mit einer weiteren Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes stärken wir Familien und unterstützen sie dabei, Familienleben und Beruf noch besser miteinander zu vereinbaren. Familien sollen mehr Freiräume erhalten. Die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienzeiten zwischen den beiden Elternteilen wird weiter unterstützt. Eltern von frühgeborenen Kindern lassen wir zusätzliche Unterstützung durch weitere Elterngeldmonate zukommen – bei besonders früh geborenen Kindern gibt es zusätzlich bis zu vier Monate mehr. Außerdem verbessern wir für Teilzeit arbeitende Eltern im Elterngeldbezug die Anrechnung auf Einkommensersatzleistungen wie Kurzarbeitergeld oder Krankengeld.

7. Wahlbewerberaufstellung in der Pandemie

Um eine Aufstellung von Wahlbewerbern für die Bundestagswahl 2021 unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie zu ermöglichen, haben wir mit einer Verordnung des Bundesinnenministeriums befasst. Mit der Verordnung soll es den Parteien ermöglicht werden, ihre Kandidaten für die Bundestagswahl am 26. September 2021 auch ohne Präsenzversammlungen zu benennen. Nach der Verordnung sollen Versammlungen zur Wahl von Wahlbewerbern mit Ausnahme der Schlussabstimmung ganz oder teilweise im Wege elektronischer Kommunikation durchgeführt werden können – also z.B. per Videoschleife. So tragen wir auch in diesem Bereich zur Kontaktvermeidung bei.

Zahl der Woche

485

Das Thema Corona nehmen wir im Parlament sehr ernst und diskutieren – entgegen mancher Meinung – sehr viel darüber. Selbst wenn man einen engen Maßstab anlegt, haben wir allein in dieser Sitzungswoche 10 Tagesordnungspunkte, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stehen. Das ergibt 485 Minuten Debattenzeit, also über 8 Stunden Debatte zu Corona.

Impressum

Markus Grübel MdB | Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: 030-227 719 73 | Telefax: 030-227 769 64
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Sie möchten diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an markus.gruebel@bundestag.de!